

**Bloße Absichtserklärungen können Massenzuwanderung nicht stoppen**

## Versprechungen sind umzusetzen

Von Obmann Josef Feldner

**Die Bevölkerung Afrikas wird sich bis 2050 von derzeit 1 Milliarde auf 2 Milliarden Menschen verdoppeln. Kriege und Hungerkatastrophen setzen Millionen Menschen in Bewegung Richtung Europa. Und es werden von Jahr zu Jahr mehr.**



Fluchtrouten über das Mittelmeer nach Europa.



Aufbruch aus Niger nach Europa ins Ungewisse.



In Libyen angekommen, warten auf korrupte Schlepperbanden.



Bis Österreich geschafft, aber viele werden keine Arbeit finden.

### Die EU setzt dem außer Absichtserklärungen nichts entgegen

Das offizielle Europa blickt wie gebannt auf diese Entwicklung und tut nichts gegen den uns drohenden Ansturm. Beim Gipfel der 28 Staats- und Regierungschefs im Oktober wurde zwar angekündigt:

- Der Strom der illegalen Zuwanderung muss eingedämmt,
- die EU-Außengrenze besser geschützt
- die Rückführung von Migranten in ihre Heimatländer und die Zusammenarbeit mit Libyen forciert werden
- und man will die Fluchtursachen bekämpfen. Aber:

### Es gibt weder einen Prioritätenkatalog noch einen Zeitplan zur Umsetzung. Was gilt es vordringlich zu tun?

- Effizienter Schutz der Außengrenze. Die Mittelmeer-Route ist zu schließen
- Druck auf die UNO, insbesondere die USA und die reichen Golfstaaten zur endlichen Realisierung des seit Jahren angekündigten, aber nicht einmal auch nur ansatzweise um-

gesetzten neuen „Marshallplans“. Neben Milliardenhilfen vor Ort in bisher ungekannter Höhe sowie Bildungsinitiative und Agrarrevolution ist vor allem afrikaweit eine Geburtenkontrolle zur Eindämmung der Geburtenexplosion einzuleiten.

- Totalstopp der illegalen Zuwanderung. Asyl nur im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention. Möglichkeiten für eine streng begrenzte legale Zuwanderung schaffen.
- Beseitigung von Anreiz zur Zuwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen durch drastische Kürzung der Grundversorgung bzw. Reduzierung auf Sachleistungen.

### Österreich hat es in vielen Bereichen selbst in der Hand die Massenzuwanderung zu stoppen

Österreich kann im Bereich der inneren Sicherheit mithilfe von Polizei und Bundesheer selbst wesentlich zum weitgehenden Stopp der Massenzuwanderung beitragen.

Dazu gehört insbesondere auch, durch Radikalkürzung der Grundversorgung den Anreiz für Wirtschaftsflüchtlinge nach Österreich zu kommen zu minimieren.

In allen anderen Bereichen hat die Bundesregierung möglichst gemeinsam mit den Oppositionsparteien im Interesse der Erhaltung der Lebensqualität unserer Bürger den Druck auf Brüssel und auch auf die UNO zu verstärken. Von den in Österreich in unseren Lebensbereich aufgenommenen Immigranten ist die strikte Einhaltung unserer nicht verhandelbaren Grund- und Freiheitsrechte ebenso einzufordern wie der Respekt vor unserer Lebensweise als Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben. (Siehe dazu Beitrag Seite 12)

# Keine Zukunft ohne Herkunft

Von Obmann-Stellvertreter Andreas Mölzer

## Projekte des Kärntner Heimatdienstes zum 100-Jahr-Jubiläum der Volksabstimmung

### Der öffentlich-rechtliche Kärntner Heimatdienst war für die pro-österreichische Abstimmungswerbung zuständig



Aktivisten des Heimatdienstes 1920. An der Wand sind pro-österreichische vom KHD hergestellte und gedruckte Plakate zu sehen, von denen jeweils Zehntausende(!) auf Häusern und Straßen angebracht worden sind.

Neben den offiziellen Landesveranstaltungen aus Anlass des 100-Jahr-Jubiläums der Kärntner Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920, wird es seitens der Heimatverbände eine Fülle von Aktivitäten geben, die an das große identitätsstiftende historische Ereignis, das bis heute für Land und Leute so wichtig ist, erinnern sollen.

Dabei ist zweifellos der Kärntner Heimatdienst am besten, das historische Gedenken in den Mittelpunkt zu stellen, zumal er vom Kärntner Landtag vor der Volksabstimmung 1920 als öffentlich-rechtliche Organisation mit der pro-österreichischen Propaganda betraut worden war. Aber auch was die Gegenwart und die Zukunft des Landes betrifft, wird der Kärntner Heimatdienst aus Anlass dieses Jubiläums Akzente setzen, die dem historischen Auftrag gerecht werden.

### 2018: Gedenken an das Ende des Weltkriegs, an den Beginn des Kärntner Abwehrkampfes und an das gemeinsame grenzüberschreitende Miteinander

Bereits in den Jahren 2016 und 2017 hat der Kärntner Heimatdienst innerhalb der deutsch-slowenischen Kärntner Konsensgruppe gemeinsame Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Ersten Weltkriegs durchgeführt. Und zwar im Jahr 2016 in Bovec/Flitsch und im Jahr 2017 in Ljubljana/Laibach, dort auch für die slowenischen NS-Opfer und die österreichischen Kriegsoffer beider Weltkriege.

- Ein solches gemeinsames Totengedenken sollte auch im Herbst 2018 aus Anlass des Endes des Ersten Weltkrieges stattfinden.
- Für Herbst 2018 plant der Kärntner Heimatdienst ein großes

Treffen der Kulturen am Dreiländereck mit deutsch-, slowenisch- und italienischsprachigen Kulturvereinen aus Kärnten, Slowenien und Italien.

- Im Gedenken an den beginnenden Abwehrkampf wird das 1990 von Andreas Mölzer erstellte Zeitzeugen-Buch „Wo man mit Blut die Grenze schrieb“, mit ergänzenden Beiträgen neu aufgelegt werden.
- Präsentation einer zweiteiligen Videodokumentation 100-Jahre-Kärntner Heimatdienst in einer öffentlichen Veranstaltung

### 2019 soll an die pro-österreichische Propaganda des Kärntner Heimatdienstes vor der Kärntner Volksabstimmung erinnert werden

Im Herbst 2019 beabsichtigt der KHD in Zusammenarbeit mit dem Landesschulrat, einen Aufsatzwettbewerb für die Oberstufen der höheren Schulen Kärntens auszuschreiben zum Thema „1920–2020, Kärnten – Herkunft und Zukunft“.

Die 100 besten Aufsätze der Schüler sollen 2020 in einer Buchpublikation veröffentlicht werden. Für die besten Arbeiten will der Heimatdienst Preise ausschreiben. Für die Propagierung dieses Aufsatzwettbewerbes wird man die KHD-App nützen.

### 2020 schließlich steht voll im Zeichen des Gedenkens an die Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920

- In Absprache mit dem Landesschulrat ist eine Wanderausstellung für die höheren Schulen geplant, die im Herbst 2020, also vom September bis Dezember jeweils eine Woche in einer Schule gezeigt werden soll.
- Multimediale Gestaltung von fünf Bild/Texttafeln (transportabel) und fünf Monitoren mit Kurzfilmen, die der zweiteiligen Videodokumentation des Heimatdienstes entnommen sind.
- Präsentation der Wanderausstellung, jeweils mit einer Doppelkonferenz von KHD-Obmann Josef Feldner und dem Vorsitzenden des Zentralverbandes slowenischer Organisationen Marjan Sturm in Völkermarkt, Klagenfurt, Villach und Spittal. Parallel zur Ausstellung wird es diese als Präsentation im Internet geben, ergänzt durch ein interaktives Debattenforum das auch über die KHD-App angeboten wird.
- Überdies will der Kärntner Heimatdienst im September und Oktober des Jahres 2020 an vier Samstagen Tage der offenen Tür im KHD-Haus in Klagenfurt durchführen, wobei sich der Vorstand des KHD bei einer Kärntner Jause den Fragen des interessierten Publikums stellen wird.

## Die KHD-Aktivitäten sollen die offiziellen Landesveranstaltungen ergänzen

Dabei wird der Kärntner Heimatdienst entsprechend seiner langjährigen Konsensarbeit in Dankbarkeit klarmachen, dass ohne die Stimmen eines großen Teils der slowenisch-sprachigen Abstimmungsberechtigten die Volksabstimmung 1920 nicht zu Gunsten Österreichs ausgefallen wäre. Auch das muss beim 100-Jahr-Gedenken gewürdigt werden. Der KHD wird aber auch dafür sorgen – in den oben skizzierten Veranstaltungen – dass dem 10. Oktober als Tag der gemeinsamen Heimat Kärnten, ebenso wie den geschichtlichen Ereignissen zuvor, die gebührende zentrale Position eingeräumt werden wird.

10. Oktober: Tag der Kärntner Volksabstimmung 1920

# Traditionsbewusstsein und Verständigung sind kein Widerspruch

Dem Kärntner Heimatdienst ist als überparteilicher patriotischer Organisation das alljährliche Gedenken an die Kärntner Volksabstimmung 1920, bei der für ein ungeteiltes Kärnten im Verbund mit Österreich gestimmt worden war, ein bleibendes Anliegen. Das steht nicht in Widerspruch zu unserem grenzüberschreitenden Bemühen um Versöhnung und Verständigung.

## Ehrendes Erinnern an Hans Steinacher in Völkermarkt

In Dankbarkeit erinnern wir uns in diesen Tagen unserer gefallenen Abwehrkämpfer, denn ohne Abwehrkampf hätte es keine Volksabstimmung gegeben.



Stilles Gedenken am Grab von Hans Steinacher mit dessen Tochter Ute Stuchetz (Dritte v. l.).

So fanden sich Mitglieder des Vorstands auch heuer wieder beim Grab von Hans Steinacher am Stadtfriedhof in Völkermarkt ein.

In seiner kurzen Ansprache würdigte Obmann Josef Feldner die großen Verdienste von Oberleutnant Hans Steinacher im Kärntner Abwehrkampf 1918/19 und wies darauf hin, dass Steinacher als Geschäftsführer des historischen öffentlichen Kärntner Heimatdienstes auch ganz wesentlichen Anteil an der für Österreich siegreich gewesenen Kärntner Volksabstimmung 1920 hatte.

Am Gedenken nahm auch die Tochter von Hans Steinacher, Ute Stuchetz, teil.

## Teilnahme an den Gedenkveranstaltungen des Landes Kärnten

Am Abstimmungs-Gedenktag legte eine Abordnung des KHD an der Landesgedächtnisstätte am Klagenfurter Zentralfriedhof in dankbarer Erinnerung an die gefallenen Kärntner Freiheitskämpfer einen Kranz nieder.

Kranzniederlegung am Friedhof Klagenfurt-Annabichl.



Auch an der Stätte der Kärntner Einheit im Klagenfurter Landhauhof, an deren Errichtung der KHD einen maßgeblichen Anteil hatte, war der Heimatdienst vertreten.

KHD-Spitze (ganz links) beim Absingen der Kärntner Landeshymne mit Mitgliedern der Kärntner Landesregierung.



# Gemeinsames Gedenken ist gelebte Versöhnung

Wenn Aktivisten des Kärntner Heimatdienstes seit bald 10 Jahren gemeinsam mit den Nachkommen unserer ehemaligen militärischen Gegner aller Opfer, die im Glauben an ihre Heimat gestorben sind, gedenken, dann ist das der Beitrag des KHD zur bereits auch grenzüberschreitenden Verständigung.



Nachdem im Mai in Leše/Liescha (Slowenien) Mitglieder des Heimatdienstes gemeinsam mit Slowenen aus Kärnten und Slowenien der von Titopartisanen verschleppten und ermordeten Kärntner Zivilpersonen gedachten, fand im Juni am Zentralfriedhof in Laibach ein gemeinsames österreichisch-slowenisches Gedenken an die slowenischen Opfer des Nationalsozialismus (Bild links) und im Anschluss daran am Mahnmal des Schwarzen Kreuzes für die österreichischen Weltkriegsopfer (Bild rechts) statt.

Bekanntnis der Jugend beim Opfergedenken in Völkermarkt:

# „Die Zukunftsgestaltung liegt in unserer Hand“



In Anwesenheit zahlreicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Kärnten – und ganz besonders erfreulich – aus Slowenien, fand am 6. Oktober bereits zum vierten Mal am Stadtfriedhof in Völkermarkt, auf dem Abwehrkämpfer und deren militärische Gegner gemeinsam begraben liegen, das gemeinsame Gedenken an die Opfer auf beiden Seiten des Abwehrkampfes 1918/19 statt.

Ehregäste aus Kärnten und Slowenien bei der gemeinsamen Kranzniederlegung.



Für den „Klub der Kärntner Slowenen“, Ortsgruppe Ljubljana, sprach deren Obmann Prof. Janez Stergar versöhnliche Grußworte.

**„Man muss aus Feinden Gegner und aus Gegnern Freunde machen.“**

Seit 2014 veranstalten die „Österreichisch-slowenischen Koordinatoren für einen grenzüberschreitenden Dialog“ Josef Feldner (Kärntner Heimatdienst/Mitglied Kärntner Konsensgruppe), Danijel Grafenauer (Klub der Kärntner Slowenen“ Ortsgruppe Maribor/Marburg), Janez Stergar (Klub der Kärntner Slowenen“, Ortsgruppe Ljubljana/Laibach) und Marjan Sturm (Zentralverband slowenischer Organisationen/ Mitglied Kärntner Konsensgruppe) jeweils zum Jahrestag der Kärntner Volksabstimmung ein grenzüberschreitendes gemeinsames Opfergedenken.

Nach geistlichen Worten, Gräbersegnung und Kranzniederlegung sprachen Landtagspräsident Rudolf Schober, Sloweniens Generalkonsul in Kärnten, Milan Predan, Bürgermeister Valentin Blaschitz, der Generalsekretär des slowenischen „Verbandes Rudolf Maister“, Rudi Pfäifar, der Vorsitzende des „Klub der Kärntner Slowenen“ in Laibach, Janez Stergar sowie Josef Feldner und Marjan Sturm Worte des Gedenkens.

KHD-Obmann Josef Feldner betonte, dass das Gedenken an die gefallenen Abwehrkämpfer dem KHD auch in Zukunft wichtig sein wird, sprach sich jedoch dafür aus, mit dem Erinnern auch an die Opfer auf der Gegenseite dem Abstimmungsgedenken ein neues, ein freundliches Gesicht zu geben, frei von Misstrauen und gegenseitigen Aversionen.

Der Obmann des slowenischen Zentralverbandes, Marjan Sturm, betonte:

„Man muss aus Feinden Gegner und aus Gegnern Freunde machen.“

**Im Mittelpunkt standen die Jugendvertreter von Heimatdienst und slowenischem Zentralverband**



Interessiert verfolgten diese Jugendlichen die Ausführungen von Raimund Freithofnig und Manuel Jug.

Die beiden Studenten Raimund Freithofnig (Kärntner Heimatdienst) und Manuel Jug (Zentralverband slowenischer Organisationen) verlasen in deutscher und slowenischer Sprache eine GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER JUGEND.

Bekanntnis vollinhaltlich als DOKUMENTATION lesen Sie auf den Seiten 5 und 6.



Manuel Jug und Raimund Freithofnig (v. l.).

## DOKUMENTATION

# Gemeinsames Bekenntnis der Jugend

**RAIMUND FREITHOFNIG** Kärntner Heimatdienst  
**MANUEL JUG** Zentralverband slowenischer Organisationen

### Scheuklappen machten objektive Geschichtsbetrachtung unmöglich

Die Auseinandersetzungen haben am Anfang des 20. Jahrhunderts Leid und Schmerz auf beiden Seiten bedeutet. Gegenseitige Aversionen und die Dialogverweigerung waren tagtäglich aufs Neue präsent. Dadurch rückte eine friedliche Lösung in weite Ferne und es gab einen jahrzehntelang andauernden Volksgruppenkonflikt, welcher erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts beigelegt werden konnte.

„Sie starben im Glauben an ihre Heimat, weil die Politik nicht in der Lage gewesen ist, die Konflikte friedlich zu lösen“. Das heutige Motto könnte nicht besser für diese Historie gewählt sein.

Durch die Scheuklappen, welche beide Seiten zu dieser Zeit aufgesetzt hatten, war eine subjektive Geschichtsbetrach-

tung unmöglich. Klassisches schwarz-weiß-Denken stand auf der Tagesordnung und war Usus. Sätze wie zum Beispiel: Wir waren die Opfer, die anderen immer die Täter, waren damals Gang und Gäbe. Es wurde ständig versucht den anderen die Schuld und ausschließlich ihm die Schuld zu geben. Doch selbst war man nicht bereit darüber nachzudenken, sein Verhalten zu ändern und sich zu fragen, ob man mit der eigenen Ansicht eventuell eine falsche Position vertrat.

### Durch dieses Denken und die vorgeformten Stereotypen, die in dieser Zeit existierten, wurde lange ein friedliches Miteinander in Kärnten verhindert

Wir Jungen, unsere Generation, kennen diese Zeit des Volksgruppenkonflikts in unserer Heimat – dem wunderschö-

Fortsetzung umseitig



*Unter den aufmerksamen Zuhörern befand sich auch eine Klasse des Alpen-Adria-Gymnasiums Völkermarkt.*

nen Kärnten – nur vom Hörensagen. Wir können den Ausmaßen der Konflikte keine persönliche Erfahrung beimischen und waren nicht „live“ dabei als diese Konflikte ausgetragen wurden.

Jedoch gab es noch vereinzelte Auswirkungen und Nachwehen dieser Konflikte, in denen unsere Elterngeneration noch voll eingebunden war und die auch wir, wenn nur fernab miterlebt haben. Mit 4, 5, 6 oder 7 Jahren realisiert man die Bedeutung und den Hintergrund eines Ortstafelstreites noch nicht, aber es bleibt einem im Hinterstübchen haften. Schlagwörter lauteten in diesem Zusammenhang: Ortstafelstreit, Schmieraktionen und wenn wir uns richtig entsinnen, gab es sogar einen Sprengstoffanschlag.

Des Weiteren hört man auch immer wieder die Geschichten, die von hitzigen Diskussionen zwischen deutschsprachigen und slowenischsprachigen Kärntnern erzählen. Es standen sogar freundschaftliche und persönliche Beziehungen auf dem Prüfstand, wenn es um dieses Thema ging.

### **Die Geschichte ist uns eine Lehre, denn Krieg beginnt dort wo Dialog aufhört**

Für uns ist es heute nicht wichtig, wer damals Recht und wer Unrecht hatte. Unser Ziel soll und muss es sein, dass wir die Zukunft besser gestalten als es uns die älteren Generationen teilweise vorgelebt haben. Wir dürfen nicht mit Scheuklappen durchs Leben laufen und uns von unserer Ideologie leiten lassen.

**In diesem Sinne wollen wir als Jugendvertreter unserer Organisationen mit der Mitgestaltung des heutigen Gemeinsamen Opfertages einen Beitrag zur restlosen Überwindung einer leidvollen Geschichte leisten und zeigen.**

**Wir sind uns dessen bewusst, dass wir eine Verantwortung dafür tragen, wie wir die gemeinsame Zukunft unserer wunderschönen Heimat Kärnten gestalten werden. Doch wir wissen, wie wir mit dieser Verantwortung umzugehen haben. Wir werden großen Wert auf den Dialog zwischen beiden Volksgruppen legen und an einem positiven Klima weiterarbeiten, sodass es auch für die kommenden Generationen eine Selbstverständlichkeit sein wird, dass es ein Miteinander der Volksgruppen gibt.**

Äußerst wichtig ist uns, dass sich in unserer heutigen Zeit die bedeutende Mehrzahl der deutschsprachigen und slowenischsprachigen Kärntner nicht mehr ablehnend wegen ihrer Muttersprache gegenübersteht. Es existiert und herrscht ein Klima des vertrauten und friedlichen Zusammenlebens und darauf können wir als Jugend, als Kärntner und als Bürger dieses Landes stolz sein. Wir dürfen es uns groß auf unsere Fahnen heften.

Heute sind wir stolz darauf, dass es in Kärnten einen funktionierenden Dialog zwischen Vereinen beider Volksgruppen gibt. Auch in Zukunft soll darauf geachtet werden, dass Minderheiten-

und Menschenrechte eingehalten werden. Die Geschichte ist uns eine Lehre, denn Krieg beginnt dort wo Dialog aufhört. Es ist ein großer Fortschritt gelungen, dass heute Organisationen beider Volksgruppen gemeinsam Veranstaltungen organisieren, gemeinsame Erklärungen in beiden Sprachen verfassen und veröffentlichen.

### **Die Kärntner Konsensgruppe ist uns ein großes Vorbild. Das Trennende gehört der Vergangenheit an, in Zukunft soll das Verbindende im Vordergrund stehen.**

Die Kärntner Konsensgruppe ist uns mit dem „Österreichisch-slowenischen Dialog“ und deren Arbeit für sprachübergreifende Verständigung und Versöhnung ein großes Vorbild. Auch wir grenzen uns ab von jeglichen Extremismen, denn genau diese führen dazu, dass das respektvolle Zusammenleben behindert und generationenübergreifend geschädigt wird.

- Die Zukunftsgestaltung liegt in unserer Hand.
- Wir wollen das, was ihr so erfolgreich begonnen habt, weiter fortsetzen.
- Wir wollen in Zeiten, in denen weltweit schreckliche Kriege herrschen beispielgebend in unserer gemeinsamen Heimat Kärnten sein.
- Wir wollen einander über sprachliche, ideologische und religiöse Unterschiede hinweg mit Respekt begegnen und gemeinsam eine lebenswerte Zukunft gestalten.
- Gemeinsame Interessen, gemeinsame Projekte und gemeinsame Veranstaltungen wie diese, tragen dazu bei, dass das Miteinander noch weiter gefestigt wird und somit nachhaltig bestehen bleibt.

Bereits mehr Muslime als Katholiken in Wiener Pflichtschulen

# Alarmierende Islamisierung Österreichs

Muslime in Österreich			
Jahr	Gesamtbevölkerung	Muslime	Anteil in %
1971	7.491.526	22.267	0,3
1981	7.555.338	76.939	1,0
1991	7.795.786	158.776	2,0
2001	8.032.926	338.988	4,2
2009	8.355.260	515.914	6,2
2016	8.700.000	700.000	8,0

Bei der Volkszählung 1971 wurden in Österreich 22.267 Muslime gezählt (0,3% der Gesamtbevölkerung).

Diese Zahl hat sich innerhalb von knapp einem halben Jahrhundert auf 700.000 (8%) vervielfacht.

Den rasanten Anstieg der muslimischen Bevölkerung Österreichs verdeutlicht eine in Wikipedia veröffentlichte Graphik.

**Kein Ende der rasanten Islamisierung abzusehen. Zahl könnte sich bis 2046 fast verdreifachen.**

Die Zahl der Muslime nimmt immer weiter zu. Daran hat die nach wie vor nicht gestoppte illegale Zuwanderung „dank“ ausufernder „Willkommenskultur“ bis Mitte 2016 einen hohen Anteil.



Auch wenn seither in Österreich ein Umdenken erfolgte, die Westbalkanroute weitgehend geschlossen ist und die Schleppertätigkeit im Mittelmeer endlich wirkungsvoller bekämpft wird, kann hinsichtlich illegaler Zuwanderung noch keineswegs Entwarnung gegeben werden, zumal sich Millionen Menschen aus Afrika mit hohem Moslemanteil in Richtung Europa bewegen (siehe Seite 9).

Die Folge: Die Zahl der Muslime in Österreich könnte auf 21% steigen.

**Muslimische Kinder bilden an Wiener Volksschulen bereits die stärkste Gruppe. 25% der muslimischen Religionslehrer lehnen Demokratie ab.**

Fast 32.000 muslimische Schüler gehen in Wiener Volksschulen oder in Neue Mittelschulen. Nur noch knapp 30.000 Pflichtschüler sind katholisch.

Unter dem Titel „Aufwachen, Wiener Schulbehörden“ schreibt Helmut Brandstätter am 14. September im KURIER:

„Das wäre für sich genommen noch kein Problem, wenn Religionslehrer und Gläubige alle anderen Bekenntnisse sowie die Trennung von Kirche und Staat respektierten. Das tun sie aber nicht – und es kommt noch schlimmer – rund ein Viertel der muslimischen Religionslehrer lehnt die Demokratie ab und verachtet die Menschenrechte, wie der grüne Bildungssprecher Walser informierte.“

Die Zahlen stammen übrigens vom Religionstheologen Mouchanad Khorchide, der an einen aufgeklärten Islam glaubt und deshalb Todesdrohungen bekommt ...

Es gibt aber keinen Aufschrei, sondern Beschwichtigung ... Die Schule ist nur das eine, dann gibt es noch die sogenannten Hinterhofmoscheen, wo Wegschauen oberste Behördenpflicht schien. Da wird oft Hass verbreitet, und die Überlegenheit der Religion über den Staat propagiert.

Die offiziellen Vertreter der Muslime in Österreich müssen sich endlich auf die Seite des Staates stellen und die Hassprediger den Behörden melden.“



**Alarmierend: 34,6% der österreichischen Muslime sind Fundamentalisten. Für 73,1% sind die Regeln des Koran wichtiger als die österreichischen Gesetze**



Salafistische Islamverteiler in Österreich.

Die „Freie Enzyklopädie“ WIKIPEDIA bringt einen ausführlichen Beitrag über den „Islam in Österreich“.

Im Abschnitt „Einstellungen der Muslime“ heißt es dort: „34,6% der österreichischen Muslime haben laut einer wissenschaftlichen Studie 2017 „hochfundamentalistische“ Einstellungen.“

Ein am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) 2013 durchgeführter Staaten übergreifender Vergleich

Fortsetzung umseitig

über die Integrationsbereitschaft von Immigranten ergab, dass 73,1% der Muslime in Österreich die Regeln des Korans für wichtiger halten als die österreichischen Gesetze.

### **Studie der George-Washington-Universität warnt vor Aktivitäten der islamistischen Muslimbruderschaft in Österreich.**

Dieser 2017 veröffentlichten Studie zufolge haben der Muslimbruderschaft nahestehende Personen und Organisationen Schlüsselpositionen für das Leben von muslimischen Zuwandern in Österreich übernommen.

Auch bei der Aufnahme der in Österreich ankommenden Asylsuchenden aus mehrheitlich muslimischen Ländern spiele die Muslimbruderschaft eine zentrale Rolle.

Laut Extremismus-Forscher an der George-Washington-Universität Lorenzo G. Vidino stehen die Werte der Muslimbruderschaft in Widerspruch zu den rechtsstaatlichen Werten Österreichs. Sie zielen auf eine Spaltung der Gesellschaft und

eine Stärkung des Einflusses des politischen Islam ab. Der Wikipedia-Beitrag über den „Islam in Österreich“ nennt eine Reihe von Islamischen Organisationen in Österreich, die der Muslimbruderschaft nahestehen. Auch würde die türkische „Behörde für Religionsangelegenheiten“ (Diyanet) auf eine Reihe von österreichischen Islamischen Organisationen Einfluss ausüben.

### **Kultusamt prüft 150 Moscheevereine auf Auslandsgelder. Endlich!**

Die Verankerung der Muslimbruderschaft im islamischen Vereinsleben sowie eine offenkundige Einflussnahme seitens türkischer Behörden signalisieren dringenden Handlungsbedarf.

Nun setzt das Kultusamt erste Schritte und prüft 150 islamische Vereine auf mögliche Finanzierung aus dem Ausland, zumal es diesbezüglich konkrete Verdachtsmomente gibt

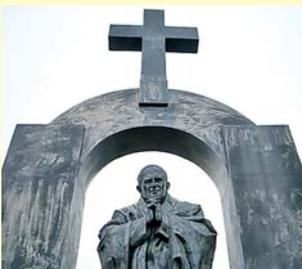
**Es bleibt zu hoffen, dass das Ergebnis dieser Prüfungen nicht nur veröffentlicht wird, sondern auch zu notwendigen Maßnahmen gegen ausländische Infiltration führt.**

## **Schluss mit der Beseitigung von traditionellen religiösen und kulturellen Symbolen**

# **Liebdienererei leistet Islamisierung Vorschub und hemmt die Integration**

**Um religiöse Gefühle und Wertvorstellungen der rasant anwachsenden muslimischen Gemeinschaft in Österreich nicht zu verletzen, sollten wir auf unsere religiösen und kulturellen Symbole in der Öffentlichkeit ebenso verzichten, wie auf unsere althergebrachte Lebensweise. Mit solchen Forderungen wird gegenseitiger Respekt als wichtigste Voraussetzung für Integration ad absurdum geführt.**

### **„Fort mit dem Kreuz aus Gerichtssälen, weg mit Nikololaus im Kindergarten und mit Schweinsschnitzel in Schulkantinen“**



So oder ähnlich lauten die liebdienernden Forderungen in Österreich, aber auch in anderen EU-Ländern.

Ein besonders absurder Kniefall vor zugewanderten Muslimen wird aus Frankreich bekannt. Offenkundig um die religiösen Gefühle von Muslimen nicht zu verletzen, ordnete kürzlich das oberste französische Verwaltungsgericht an, das auf einem Denkmal für Papst Johannes Paul II. angebrachte Kreuz (siehe Bild oben) in Ploemel (Bretagne) zu entfernen, was verständlicherweise in Polen zu einem Sturm der Entrüstung führte.

Während in der Bretagne ein christliches Kreuz entfernt werden soll, wird im Berliner Bezirk Neukölln ein Kinderspielplatz im Islam-Design umgestaltet. So sitzt ein Halbmond auf der Spitze einer Moschee-Kuppel und ein Turban auf einer Holzfigur.

Statt Immigranten aus anderen Kulturen auf deren Bringschuld aufmerksam zu machen, unsere Gesetze, unsere Religion, unsere Kultur und unsere Lebensweise als Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben zu respektieren, glauben ansonsten ernst zu nehmende Mitbürger, darunter sogar Richter und – wie das Beispiel in Frankreich zeigt – auch ein französisches Höchstgericht, mit nationaler und kultureller Selbst-

aufgabe einem falschverstandenen Gleichheitsprinzip zu dienen.

Wie absurd das ist, brachte kürzlich Christian Weniger in der KLEINEN ZEITUNG unter dem Titel „Weg mit Bach“ folgendermaßen auf den Punkt:

*„Wenn Religion nur noch im privaten Kabinett beheimatet sein dürfte, hätten wir im Öffentlichen einiges zu entrümpeln.*

*Die Kreuze müssten von den Kirchen schwinden, die Glocken schweigen. Die Marterln und Pestsäulen wären einer Säkularisierung zu unterziehen.*

*Den Konzertveranstaltungen steht ein Veränderungsprozess noch bevor, Matthäus- und Johannespassion von Altmeister Johann Sebastian Bach sind aus den öffentlichen Konzertprogrammen zu streichen, ebenso die christlichen Werke von Mozart, Monteverdi oder Schubert. Und was ist bitte mit Weihnachten, Ostern Pfingsten, Christi Himmelfahrt, Fronleichnam?*

*Was Stalinisten und anderen Kommunisten in ihren unterjochten Ländern nicht gelang, das schaffen wir locker freiwillig.*

### **Wir schaffen das Christentum in der Öffentlichkeit ab**

*Eine Religion, die unser Land über Jahrhunderte prägte, mit all ihren Facetten, und zu der sich noch immer die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bekennt, soll der staatlichen Gottlosigkeit weichen.*

*Noch heißt es in unserer Bundeshymne „Land der Dome“, der Text stammt jedoch aus einer Zeit, in der es nicht die Versuchung gab, das Christentum mit einem extremen Islamismus auszuschütten.“*

Bevölkerungsexplosion in Afrika droht Europa massiv zu destabilisieren

# Massenansturm auf Europa ungebremst



Die Gründe für den längst bereits in Gang befindlichen Menschenstrom Richtung Europa sind neben der Bevölkerungsexplosion der Klimawandel, Jugendüberschuss, keinerlei Jobaussichten und die Attraktivität europäischer Wohlfahrtsstaaten. Gegen diesen Ansturm hilft allein ein wenn auch unverzichtbarer Schutz der EU-Außengrenzen nicht. Es müssen die Fluchtursachen vor Ort bekämpft werden. Die Notwendigkeit eines neuen „Marshallplans“ in bisher ungekannter Milliardenhöhe mit unterschiedlichen länderbezogenen Maßnahmen wird zwar erkannt, aber bisher kaum auch nur ansatzweise umgesetzt.

## Die Bevölkerung der afrikanische Sahel-Zone wird sich von derzeit 130 Millionen bis 2050 auf rund 350 Millionen fast verdreifachen

Eine in der „Österreichischen militärischen Zeitschrift“ veröffentlichte Sicherheitsanalyse des Bundesheeres zeichnet ein düsteres Bild.

Die Sahel-Zone (Südsahara) mit den Staaten Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Sudan und Tschad hat mit durchschnittlich 5,72 Kinder pro Frau die weltweit höchste Geburtenrate.

Eine Verknappung der Lebensgrundlagen, Bevölkerungsexplosion und religiöser Extremismus lassen eine katastrophale Entwicklung befürchten. Dazu kommt die höchste Analphabetenrate der Welt von 16% im Tschad bis 45% im Sudan, verschärft durch einen rasant wachsenden Salafismus mit allen radikal-islamistischen bildungsfeindlichen Auswüchsen

## Die Schlussfolgerungen der sicherheitspolitischen Analyse übertreffen alle Befürchtungen

Zitat: „Europa bis zum Ural hatte 2015 etwa 140 Millionen Menschen unter 18 Jahren. Für 2050 rechnet man mit nur noch 130 Millionen.“

Gesamt-Afrika hat heute 540 Millionen unter 18, und für 2050 rechnet man mit 1000 Millionen Menschen gleichen Alters.“

Das sei der Weg zur Ausweitung bestehender und zum Entstehen neuer Konflikte.

„Es ist zu erwarten, dass Migrationsströme nach Europa weiter stark zunehmen. Diese könnten auf mehrere Millionen anwachsen und würden für alle Staaten der EU eine Herausforderung und eine potenzielle Destabilisierung bislang ungekannten Ausmaßes darstellen.“

## Es ist 5 vor 12! Europa muss handeln und das rasch! Neben Schutzmaßnahmen gegen Ansturm von außen, müssen vor allem die Fluchtursachen beseitigt werden.

Die von mancher Seite geäußerte Hoffnung, dass ein Ende der Massenzuwanderung kurz bevorstehe, erweist sich angesichts dieser Analysen über die Entwicklung in Afrika als utopisch.

Auch wenn die Westbalkanroute weitestgehend geschlossen ist, hält der Zustrom von Hunderttausenden Afrikanern auf die afrikanischen Mittelmeerküsten in der Hoffnung nach Europa geschleppt zu werden, unvermindert an und wird sich ohne massive Gegenmaßnahmen noch dramatisch verstärken.

Die Forderung nach Totalstopp der illegalen Massenzuwanderung bei gleichzeitig umfassenden Schutz der EU-Außengrenzen, bleibt somit aufrecht.

Der Massenansturm nach Europa ist jedoch nur dann zu stoppen, wenn endlich effiziente Maßnahmen gegen die Fluchtursachen in den afrikanischen Kriegs- und Hungergebieten ergriffen werden.

Dazu bedarf es des Einsatzes von Hunderten Milliarden Euro aus Mitteln einer Weltgemeinschaft vor Ort mit einem „neuen Marshallplan“ zur nachhaltigen Friedens- und Zukunftssicherung. Ehemalige Kolonialmächte haben Wiedergutmachung zu leisten, und die mit ihrem Reichtum protzenden Golfstaaten sollen endlich in muslimischer Solidarität ihren Brüdern helfen. Die dafür benötigten Milliarden würden langfristig die in Europa für das Millionenheer der Migranten benötigten Kosten kompensieren.

## Leider sind sowohl EU als auch UNO säumig. Außer Absichtserklärungen wurde bisher nichts Nachhaltiges realisiert.

Es gibt kein koordiniertes Konzept, das auch die völlig unterschiedlichen Situationen in den einzelnen afrikanischen Staaten berücksichtigen müsste.

Neben finanzieller und materieller Hilfe ist angesichts der Bevölkerungsexplosion in allen notleidenden afrikanischen Staaten vor allem einer raschen und effizienten Geburtenkontrolle höchste Priorität einzuräumen. Es sind Bildungszentren und die Emanzipation der Frauen, die häufig als „Gebärmaschinen“ gesehen werden mit Nachdruck einzufordern und tatkräftig Hilfestellung zu leisten.

Darüber hinaus brauchen Länder ohne Rohstoffe, wie etwa Niger dringend eine Agrarrevolution, um die wenigen anbaugfähigen Böden besser zu nutzen.

Es ist für den Aufbau einer Kleinindustrie zu sorgen, mit mehr Handel die Eigeninitiative in Afrika zu stärken und gleichzeitig die fatale Abhängigkeit des Kontinents von der oft versickernden Entwicklungshilfe zu mindern.

Aber die besten Konzepte nützen nichts, wenn die Umsetzung fehlt, die von den Mächtigen mit größtem Nachdruck eingefordert werden muss.

## Flüchtlingskatastrophe im aktuellen Überblick

# Zitate, Kommentare, Fakten



Die Flüchtlingskatastrophe und die damit verbundenen Ängste der EU-Bürger sind nach wie vor das Spitzenthema in Europa. Aus der täglichen Flut von Berichten in der Presse, im Fernsehen, im Radio und über die sozialen Netze, aus Kommentaren von Journalisten, von Experten und Politikern, haben wir nachfolgend nur einen Bruchteil zur Veröffentlichung ausgewählt, ohne damit eine Reihung nach Wichtigkeit oder Dringlichkeit vorzunehmen.

### Abschiebe-Skandal in Deutschland

30.000 abgelehnte Asylbewerber spurlos verschwunden. In Österreich rund 4.400.

BILD, das auflagenstärkste deutsche Massenblatt deckt am 2. November auf der Titelseite einen neuen „unfassbaren Behörden-Skandal“ auf: „Von gut 30.000 abgelehnten, sofort ausreisepflichtigen Asylbewerbern wissen die Behörden nicht, wo sie stecken. Zum Teil haben sie Deutschland wohl einfach verlassen – oder sind hier untergetaucht.“



BILD fordert Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, das „Abschiebe-Versagen“ zur Chefsache zu erklären und bekräftigt diese Forderung mit einer groß angelegten Unterschriftenaktion.

Und BILD weiter: „Von 705 islamistischen Gefährdern wird kaum einer überwacht. Obwohl diesen politisch motivierten Straftätern schwere Terroranschläge zugetraut werden müssen, trägt kaum einer eine elektronische Fußfessel.“

Die von BILD zum Handeln aufgerufenen Bundestagsparteien zeigen sich mit Ausnahme der Grünen „plötzlich knallhart“ und sprechen sich jetzt dafür aus, straffällige Ausreisepflichtige in Haft zu nehmen und die Zahl der dafür benötigten „Abschiebe-Knäste“ drastisch zu erhöhen.

Wie die KRONE am 3. November berichtet, sind auch in Österreich laut „Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl bis Ende August 4.364 Asylwerber „verschwunden“, das sind 546 pro Monat. Hochgerechnet auf das gesamte Jahr 2017 sind das 6.540, somit unter Berücksichtigung der Einwohnerzahlen noch deutlich höher als in Deutschland.

### Dieser „Abschiebe-Skandal“ ist aber nur die Spitze des Eisbergs. In Deutschland leben schätzungsweise 500.000 unregistrierte Flüchtlinge als „U-Boote“

Die tatsächliche Zahl der sich illegal in Deutschland, Österreich und der EU insgesamt aufhaltenden Flüchtlingen beträgt jedoch ein Vielfaches: Nach Ende 2016 bekannt gewordenen Schätzungen(!) des Innenministeriums in Berlin zufolge sollen sich in Deutschland mehr als 500.000 Menschen illegal aufhalten.

Das Heeresressort schätzt die Zahl der abgelehnten Asylwerber, die sich illegal in der EU aufhalten auf 3.8 Millionen. Ein gewaltiges Gefahrenpotential!

In Österreich ist die Situation nicht anders. Verteidigungsminister Peter Doskozil musste Ende 2016 in einem ZIB2-Interview einräumen: „Wir wissen gar nicht, wie viele illegal im Land sind. Es gibt viele Flüchtlinge die untertauchen.“

Was halten die Behörden in Deutschland und Österreich davon, als Sofortmaßnahme die Ausweiskontrollen drastisch zu erhöhen?

Das seit 1. November geltende neue Fremdenrecht mit höheren Strafen für „Untergetauchte“ erfordert geradezu die rasche Umsetzung dieser Sofortmaßnahme.

### Das Schlepperunwesen über das Mittelmeer drohte zum Kollaps zu führen. Dank Italien und libyscher Küstenwache erstmals Entspannung auf der Mittelmeer-Route.

Die organisierten Transporte mehrerer Hilfsorganisationen (NGOs) von täglich bis zu 6.000 illegalen Flüchtlingen nach



Von Schlepperbanden in ein Schlauchboot gepresste Flüchtlinge werden von einem NGO-Schiff an Bord genommen.

Europa hatte Mitte dieses Jahres bereits unerträgliche Ausmaße angenommen. KRONE BUNT brachte unter dem Titel „Geschäft mit der Flucht“ am 25. Juni 2017 einen ausführlichen Beitrag darüber. Darin wird die Zusammenarbeit europäischer Hilfsorganisationen mit den kriminellen afrikanischen Schlepperbanden aufgezeigt.

Diese Banditen fahren mit hochseeuntauglichen Schlauchbooten oder Holzbarkassen, vollgestopft mit Flüchtlingen, 20 Kilometer ins offene Meer hinaus, nachdem sie von jedem „Passagier“ bis zu 1.000 Dollar kassiert haben. Dort warten die von den Schlepperbanden vorher verständigten Hilfsorganisationen und übernehmen die Flüchtlinge, die ansonsten ertrunken wären, auf ihre Schiffe und bringen sie nach Europa.

Die EU-Grenzschutzorganisation FRONTEX kritisiert zwar diese Taxitätigkeit der Hilfsorganisationen als Unterstützung der kriminellen Schlepper, tun aber nichts dagegen.

Die bekannte Nahost-Expertin Karin Kneissl findet für die von mächtigen Milliarden finanzierten NGOs in der KRONE BUNT vom 16. Juli 2017 harte Worte: „Diese NGOs haben ihre Unschuld verloren. Im lukrativen Sektor der Mitleidsindustrie bleiben die eigentlichen Adressaten, ob nun Menschen, die Meere oder die Tiere, auf der Strecke.“

Erst seit Italien verstärkt gegen die Schleppertätigkeit dieser Hilfsorganisationen vorgeht und sogar deren Schiffe beschlagnahmt, hat der Ansturm von afrikanischen Flüchtlingen über das Mittelmeer um 60% abgenommen. Unterstützt wird das rigorose Vorgehen Italiens von der libyschen Küstenwache, die an einem einzigen Tag acht Schlauchboote mit 1.000 Menschen an Bord aufgriff, die Flüchtlinge nach Tripoli zurückbrachte und sodann die Schlauchboote der Schlepperbanden verbrannte.

Obwohl seither keine Flüchtlinge mehr im Mittelmeer ertrunken sind und den skrupellosen Schlepperbanden Einhalt geboten wird, verurteilen sowohl die deutsche Bundesregierung als auch die UNO unverständlicherweise das Vorgehen Libyens als „völkerrechtswidrige Einschränkungen von Seenotrettungen“.

## Flüchtlinge werden Österreich bis 2019 bis zu 12 Milliarden Euro kosten

In Österreich leben bereits knapp 1,9 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, das sind 22 % der Gesamtbevölkerung. Tendenz steigend.

Zu diesem Schluss kommt der Bericht des „Expertenrates für Integration“, in dem die Zuwanderung nach Österreich noch immer als „überproportional hoch“ eingestuft wird. Die Zahl von im Vorjahr 64.676 Zugezogenen sei „beachtlich“.

Der Leiter des Rates, Heinz Faßmann findet dafür eine Erklärung: „Österreich ist ein Hochlohnland mit sozialer Sicherheit. Das lockt Flüchtlinge an“. Insgesamt wanderten in den beiden vergangenen Jahren 388.000 Menschen zu, die laut Faßmann „in irgendeiner Form unterzubringen, zu betreuen, oder zu beschulen sind.“

Außenminister Sebastian Kurz dazu:

„Die Zuwanderung in unser Sozialsystem muss gestoppt werden. Wir müssen die Migration massiv reduzieren.“

Das ist dringend notwendig, zumal die Kosten für die Flüchtlinge explodieren. Der Expertenrat rechnet für die Jahre 2015 bis 2019 mit einem finanziellen Mehraufwand in der Höhe von 8 bis 12 Milliarden Euro.

Allein für dieses Jahr werden die dafür mit 1,7 Milliarden Euro budgetierten Kosten um 300 Millionen auf insgesamt 2 Milliarden Euro erhöht werden.

## Das Frauenbild hat sich im Islam in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verschlechtert

Während bei uns dank „Gendern“ Frauen in Sprache und Schrift immer mehr in den Mittelpunkt rücken und man fast schon als „frauenfeindlich“ eingestuft wird, wenn man beispielsweise nicht von „Mitgliederinnen und Mitgliedern“ spricht und schreibt oder auf „innen“ oder das Binnen „I“ verzichtet, schreitet die Unterdrückung der Frauen im Islam in allen Lebensbereichen immer weiter voran.

Das beginnt mit der Ausweitung von Kinderehen. Jeden Tag werden weltweit 39.000 Mädchen frühverheiratet. Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch gehören oft zum Eheleben dazu.

Die renommierte Nahostexpertin Karin Kneissl zeigte vor einigen Monaten über Einladung der ÖVP-Frauenorganisation Niederösterreich auf, wie sich die Stellung der Frau in den vergangenen Jahrzehnten zu deren Ungunsten verändert hat.

Betrachtet man das Damaskus der 1970er oder das Kairo der 1980er Jahre mit heute, dann tun sich Welten auf: Während damals Vespa fahrende Frauen in kurzen Röcken und Basketball spielend junge Mädchen und kurzen Turnhosen das Straßenbild prägten, ist das heute die vollverschleierte Muslima.



Darüber hinaus gibt es heute im öffentlichen Raum kaum noch Berührungspunkte mit der Welt der Männer. Das geht von Gesichtsverschleierung in Geschäften und Lokalen bis hin zu Vorschriften, dass die „anständige Muslima“ das Haus nicht mehr verlassen sollte.

In erschreckendem Maße breitet sich diese Rückentwicklung nun auch in Europa aus, wie Karin Kneissl feststellte. Teils in den Parallelgesellschaften der Migranten, aber auch in der zweiten und dritten Generation bereits hier geborener Muslimas.

Sorge bereite die seit zwei Generationen verweichlichte europäische Gesellschaft. Hier müsse rasch ein Umdenken erfolgen und gegenüber Muslimen klargelegt werden, dass die über Jahrhunderte erworbenen und erfochtenen Rechte nicht verhandelbar seien. „Die Europäer müssen auf gesellschaftspolitischen Freiheiten, wie der Trennung von Politik und Religion und der Gleichbehandlung beharren und dies nicht täglich neu verhandeln“ stellte die Nahostexpertin abschließend fest.

# Verständnis füreinander und gegenseitige Achtung. Das Rezept gegen Kampf der Kulturen Ein friedlichen Zusammenleben mit kulturfremden Immigranten erfordert gegenseitigen Respekt

Von Josef Feldner



## Wenn der Kärntner Heimatdienst

- entschieden gegen illegale Massenzuwanderung auftritt,
- vor drohenden Sozialkonflikten warnt,
- Vorrang für die Lebensinteressen der eigenen Bevölkerung verlangt und
- von anerkannten Asylanten und auch von den schon länger in unserem Land lebenden Immigranten ein nicht verhandelbares Bekenntnis zu unseren Grundwerten
- mit Respekt vor unserer Lebensweise fordert, dann ist das keineswegs Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit, sondern das Aufzählen von Bedingungen für ein in beiderseitigem Interesse liegendes friedliches Zusammenleben.

Nur in einem auf solche Weise geschaffenen Klima des gegenseitigen Respekts kann ein interkultureller Dialog fruchtbringend sein, was allerdings auch ein offenes Zugehen der heimischen Bevölkerung auf integrierte und integrationsbereite Zuwanderer erfordert.

Aufruf eines 2015 aus der Hölle von Aleppo in Syrien geflohenen Flüchtlings. Großflächig veröffentlicht im deutschen Massenblatt BILD am 26. August 2017.

## Nationales Selbstbewusstsein steht Respekt für integrationsbereite Muslime nicht entgegen

Es ist falsch zu glauben, mit Liebdienerei gegenüber zugewanderten Muslimen (siehe Beitrag Seite 8) deren Achtung uns gegenüber erkaufen zu können. Nationale Selbstaufgabe wird zumeist als Schwäche gesehen und oft auch mit Verachtung quittiert.

Daher: Zeigen wir den in unseren Lebensbereich aufgenommenen Immigranten, ohne nationalistische Überheblichkeit, welche Kultur dieses Land in unzähligen Generationen geprägt und aufgebaut hat. Verlangen wir Respekt davor und als Gegenleistung auch Dankbarkeit dafür, unsere demokratischen und sozialen Errungenschaften genießen zu dürfen.

Das inkludiert auch Verzicht auf jegliche Art von Missionierung und Verständnis dafür, dass wir Grenzen setzen müssen. Grenzen gegen weitere ungehemmte Zuwanderung, die die autochthone Bevölkerung allmählich zur Minderheit im eigenen Land werden lässt und andererseits den Boden für gefährliche Sozialkonflikte bereitet.

Sind Immigranten bereit, diese keineswegs unzumutbaren Forderungen und Wünsche zu erfüllen, dann werden auch wir ihnen mit Respekt auf Augenhöhe begegnen, dann ist ein Klima geschaffen für ein friedliches Nebeneinander der Kultu-



Daniel Barenboim als Dirigent des West-Eastern Divan Orchesters mit jüdischen und palästinensischen Musikern kämpft für gegenseitige Akzeptanz zwischen Menschen mit unterschiedlichem kulturellen, nationalen, politischen und auch ideologischem Hintergrund.

ren in bunter, ungefährdeter Vielfalt, das zu einem fruchtbringenden Miteinander weiterentwickelt werden kann.

Zu einem Miteinander wie im multiethnischen Orchester des berühmten jüdischen Dirigenten Daniel Barenboim, in dem Israelis und Palästinenser mit ihrem gemeinsamen Auftreten zum Konfliktabbau beitragen als beispielgebenden Anstoß dazu, auch die ganz großen, die beiden Kulturen derzeit trennenden Probleme im Dialog zum Wohle aller zu lösen.

## Bitte um Ihren FREIWILLIGEN BEITRAG

zur Abdeckung der hohen Kosten zur Finanzierung unserer gemeinnützigen Arbeit.

Wir finanzieren weitgehend aus eigenen Mitteln Projekte förderungswürdiger Gruppierungen in Kärnten sowie der deutschen Volksgruppe in Slowenien, aber auch in anderen Gebieten der ehemaligen Donaumonarchie. **DANK IHRER HILFE** können wir auch heuer wieder als NOTHELPER ganz wesentlich zum Überleben der deutschen Kulturvereine in Slowenien, aber auch zur Unterstützung vieler förderungswürdiger Projekte, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit in Kärnten beitragen.

**Mit Ihrem Beitrag zeigen Sie Solidarität mit unserer dem Gemeinwohl dienenden Arbeit. VIELEN DANK!**